№ 18. **Provinzial-Correspondenz.** 30. April 1879.

Siebzehnter Jahrgang.

Die Aussichten der Finanz- und Zollreform.

III.

Die Nothwendigkeit einer umfassenden Finanz- und Steuerreform ist, wie jüngst ausgeführt worden, von der Mehrheit des Reichstages und besonders auch von der gemäßigt liberalen Partei entschieden anerkannt worden: man war mit dem Reichskanzler grundsätzlich einig darüber, daß die Steuerreform, wie der Abgeordnete von Stauffenberg sagte, »eine nach einem umfassenden Plane angelegte, für eine geraume Zeit endgültige Gestaltung der dem Reiche zustehenden Steuern sein müsse, die den einzelnen Staaten gestattet, ihre Steuern systematisch zu reformiren, sie aufzuheben, wo sie veraltet sind, und neue Steuern, welche sie außerdem umlegen müßten, zu ersparen«, — die Steuervorlagen müßten, wie der Abgeordnete von Bennigsen verlangt, aus den indirekten Steuern reiche Einnahmequellen eröffnen, um nicht blos die Matrikularbeiträge größtentheils oder gänzlich zu beseitigen, sondern auch noch Summen an die einzelnen Staaten abzuführen. Als Vorbedingung für die Reform im Reiche wurde gefordert, es müsse klar und gesichert erscheinen, daß die großen Mehreinnahmen im Reiche wirklich zu den Erleichterungen in den Einzelstaaten benutzt werden, welche die Landesvertretung in den einzelnen Ländern für nöthig erachte.

In Uebereinstimmung hiermit sagt der Reichskanzler in seinem Schreiben vom 15. Dezember:

»Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern, besteht das Wesen der Finanzreform.«

Nachdem sodann auf dem Boden der preußischen Verhältnisse die Bürgschaft für die Ausführung dieser Absichten, soweit es für jetzt möglich ist, durch eine ausdrückliche Allerhöchste Kabinetsordre gegeben war, ist beim Beginn der Reichshaushaltsberathungen Namens der nationalliberalen Partei offen erklärt worden, daß damit eine der Hauptbedingungen der stets als nothwendig erkannten Steuerreform der Erfüllung und Lösung sehr nahe geführt sei, so daß man nunmehr an die sachliche finanzielle Prüfung der Vorlagen werde herantreten können.

Jenes grundsätzliche Einverständniß über die Nothwendigkeit einer Reform bezog sich freilich nur auf die eigentliche Finanz- und Steuerreform.

Der Reformplan des Kanzlers war jedoch nicht mehr blos auf die Reform der inneren vom deutschen Volke zu entrichtenden Steuern gerichtet, sondern zugleich auf eine entsprechende Aenderung der dem Auslande gegenüber zu erhebenden Zölle. Den dringenden Anlaß zu dieser Erweiterung der Wirthschaftsprogramme hatte einerseits die zunehmende Nothlage der deutschen Gewerbethätigkeit, andererseits der Ablauf der Handelsverträge mit großen Nachbarstaaten gegeben; je mehr bei den Verhandlungen über die Erneuerung derselben sich das Bestreben der anderen Staaten geltend machte, zum Schutze ihrer Produktion die Zollschranke zu erhöhen, desto unerläßlicher wurde die Pflicht der deutschen Zollpolitik, unserer heimischen Industrie gleichfalls eine wirksamere Fürsorge und Rücksichtnahme zuzuwenden und das Augenmerk darauf zu richten, daß »den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorbehalten und dadurch die Vermehrung der inländischen Produktion gefördert werde«.

Indem Fürst Bismarck sein Reformprogramm auf dieses Gebiet der deutschen Wirthschaftspolitik ausdehnte, konnte er nach gewichtigen Kundgebungen aus den Kreisen der Reichsvertretung heraus der Zustimmung eines bedeutenden Theils derselben von vorn herein gewiß sein.

Bereits am Schlusse der kurzen Herbstsession im Oktober v. J. war eine von Reichstags-Abgeordneten gebildete »volkswirthschaftliche Vereinigung«, welche 204 Mitglieder, also mehr als die Hälfte des Reichstags zählte, mit einer Erklärung folgenden Inhalts hervorgetreten: In den weitesten Kreisen des Deutschen Reiches sehe man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen. — — — — Angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder in Erkenntniß der den Wohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbthätigkeit lastenden Krisis — sei eine auf das Ergebniß sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des Zolltarifs nothwendig, und die Mitglieder seien in dem Grundgedanken vereinigt, »daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankomme, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen.«

Unter den Mitgliedern der neuen volkswirthschaftlichen Vereinigung gehörte die Mehrzahl den beiden konservativen Parteien und dem Centrum an. Das angekündigte Bestreben der Vereinigung entsprach in der That den Grundsätzen und Forderungen, welche diese Parteien schon früher und namentlich bei den Wahlen im vorigen Sommer verkündet hatten.

Die deutsch-konservative Partei hatte in ihrem Programm vom 20. Juni 1878 eine Besserung der zerrütteten wirthschaftlichen Verhältnisse als Gegenstand ihres Strebens bezeichnet und zur Erreichung desselben auf dem Gebiete des industriellen und landwirthschaftlichen Betriebes auf eine Handelspolitik hingewiesen, »wie sie dem alten Zollverein zu seiner Blüthe verholfen habe und die Produktion des Landes vor weiterem Rückgang bewahren könne. Eine solche Handelspolitik müsse Hand in Hand gehen mit einer Steuerreform, welche durch eine Eröffnung ausgiebiger Quellen von indirekten Steuern eine Entlastung des Volkes von direkten Steuern herbeiführe.«

Die (freikonservative) deutsche Reichspartei sagte in dem Programm vom 21. Juni v. J.: »Wir wünschen die guten Traditionen der Handelspolitik des deutschen Zollvereins festzuhalten und die Zolltarife geregelt zu sehen nach dem Maße der zunehmenden Kräftigung der deutschen Gewerbethätigkeit und des vertragsmäßigen Entgegenkommens der Nachbarstaaten. Wir halten fest an dem bisher vertretenen Standpunkte, daß eine durchgreifende Reform unserer Steuergesetzgebung unerläßlich ist. Wir erstreben die Selbstständigkeit des Reiches in seinen Finanzen, die Beseitigung der die Einzelstaaten bedrückenden Matrikularbeiträge und die Entlastung der Reichsangehörigen von direkten Steuern durch eine ausgiebige Benutzung der indirekten Steuerquelle.

Der Aufruf der Centrumsfraktion vom Juni vorigen Jahres verlangte in allgemeiner Weise »die Umkehr zu einer gesunden Wirthschaftspolitik, auf daß Handel, Gewerbe und Industrie wieder frei erblühen«, — »die Hebung des allgemeinen Wohlstandes in Landwirthschaft wie Gewerbe durch weise Fürsorge für deren Interessen«. —

Neben den konservativen Fraktionen und dem Centrum umfaßte die neue Vereinigung von liberaler Seite zunächst die Mitglieder der früher fortschrittlichen sogenannten »Gruppe Löwe«, ferner nahezu ein Drittheil der Nationalliberalen.

In dem Wahlaufrufe der nationalliberalen Partei vom 16. Juni 1878 war gesagt: »Die Zollfragen haben niemals einen Theil unseres politischen Programms gebildet. Ueber manche derselben gehen auch in unseren Reihen die Ansichten auseinander; aber einig sind wir darüber, daß die Handels-

politik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente verdrängt werden dürfen.«

Unmittelbar nach dem Erscheinen der Erklärung der »volkswirthschaftlichen Vereinigung« hob das Berliner Hauptorgan der Nationalliberalen hervor, daß jedenfalls auch über die Zahl der 204 Unterzeichner hinaus eine erhebliche Zahl von Reichstagsmitgliedern den Standpunkt jener Erklärung theile und sich ihrem Vorgehen anzuschließen bereit sei. Daraus folge freilich nicht, daß sich eine Mehrheit für eine Umkehr der Handelspolitik in schutzzöllnerischer Richtung bereits herausgebildet habe.

»Das Land,« hieß es dann weiter, »erwartet seit langem und in steigender Ungeduld die Vereinbarung eines festen handelspolitischen Programms unter gebührender Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der vorhandenen Bedürfnisse. Allerseits wird die Nothwendigkeit anerkannt, aus der herrschenden Ungewißheit über die fernere Richtung der deutschen Zollpolitik herauszukommen.«

Dieser Sehnsucht des Volkes nach endlicher Gewißheit hat der Reichskanzler durch seine wichtige Kundgebung vom 15. Dezember v. J. zu entsprechen gemeint, und von vorn herein konnte man sich auch auf liberaler Seite nicht verhehlen, daß die Stimmung der Geister dem umfassenden Plane des Fürsten Bismarck entgegenkomme. »Aus der Tiefe und dem Umfang der Bewegung«, die jener Kundgebung folgte, entnahm man vor Allem die Ueberzeugung, daß die Zeit herangekommen sei, wo die seit Jahren hängenden Fragen endlich zum Abschluß kommen müssen.

»Der Wunsch, der auf allen Lippen ist, geht dahin, daß, wenn nicht die beste, doch endlich einmal irgend eine Lösung gefunden werde als Grundlage, auf welcher sich die beunruhigten wirthschaftlichen Verhältnisse einrichten können.«

Kurz darauf wurde das Verhalten erwogen, welches die liberale Partei gegenüber dem Programm des Kanzlers zu beobachten habe.

»Eines ist vollkommen klar (hieß es da): der Weg einer populären Agitation führt nicht zum Ziele. — — Der Eindruck, welchen das Schreiben vom 15. Dezember im Volke gemacht, ist keineswegs ein solcher, daß man erwarten dürfte, unter dem Banner des unbedingten Kampfes gegen dieses Programm eine stattliche Partei zu sammeln. Noch weniger möchten wir dazu rathen, die Waffen des Spottes und Hohnes anzuwenden; es ist einer politischen Partei noch niemals gut bekommen, den Fürsten Bismarck scherzhaft zu nehmen. Der Brief vom 15. Dezember zeigt, daß er auf dem Wege, den er eingeschlagen hat, bereits viel weiter gekommen ist, als man dies vor sechs Monaten für möglich gehalten hätte.

Vor Allem wollen wir den Blick fest auf das gerichtet halten, was uns mit dem Fürsten Bismarck verbindet. Sein Streben, das Reich finanziell unabhängig zu machen, es von der Nothwendigkeit zu befreien, von den Einzelstaaten Stipendien anzunehmen, ist auch das unsrige. ..... Die liberale Partei hatte dieses Ziel schon früh in die Augen gefaßt. Später hatte sie es mehr als billig aus den Augen verloren. Gegen schädliche Mittel wollen wir uns verwahren; aber daß das Ziel nicht aus den Augen verloren werde, dafür zu sorgen liegt auch uns die Pflicht ob.« — —

Ein späterer Aufsatz an derselben Stelle warnte vor den »rosigen Träumen«, die sich im öffentlichen Bewußtsein an die Pläne des Kanzlers knüpften, und denen gegenüber an das Mögliche und Erreichbare zu erinnern sei.

»Versucht man, sich ein Bild von der Zukunft zu machen und dabei das Sicherere vorauszunehmen, so darf man mit großer Wahrscheinlichkeit als den Hauptniederschlag der jetzigen wirthschaftlichen Bewegung eine beträchtliche Erhöhung der indirekten Steuern in Rechnung setzen. Wir haben uns schon vorlängst in den geeigneten Grenzen mit einem solchen Verlauf einverstanden erklärt. Wir waren dabei der Ansicht gewesen, es handle sich um Maßregeln, deren Unpopularität nur durch die Einsicht in die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit mühsam überwunden werden könnte. Heute hat es den Anschein, als wollte eine populäre Hochfluth das schon so oft gestrandete Boot der indirekten Steuern mit Schnelligkeit und Eleganz über die Barre bringen. Das Stichwort »indirekte Steuern« ist ausgegeben und in zahlreichen Kreisen sieht man es mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen.«

Es wurde dem Kanzler zugestanden: er habe zu gestalten gewußt, was unklar in den Köpfen von Millionen spukte, — das gebe seinem Beginnen den Nachdruck.

Während so selbst in einem Blatte, welches die Zollpolitik des Kanzlers in wesentlichen Theilen bekämpft, über die Aufnahme seiner Pläne im Volke geurtheilt wird, sind inzwischen Seitens gewichtiger gewerblicher Körperschaften, sowie aus großen Versammlungen, an denen Männer der verschiedensten Parteien betheiligt waren, die lebhaftesten Kundgebungen für die Durchführung des wirthschaftlichen Programms hervorgetreten, — und gleichzeitig haben sich hervorragende Wortführer der liberalen Partei in Nord- und Süddeutschland, welche sonst auch auf dem Gebiete der Handelspolitik grundsätzlich der freihändlerischen Richtung huldigten, offen und bestimmt für die Nothwendigkeit erklärt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Zollpolitik des Fürsten Bismarck zu unterstützen.

Das Programm: wesentlich Finanzzölle, aber zugleich möglichste Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der großen Volksklassen und möglichste Sorge für die Bedürfnisse der Industrie und für die Fähigkeit des Reiches, günstige Verträge mit dem Auslande abzuschließen, dieses Programm (erklärt Dr. Bluntschli) sei den Wünschen der Nation entsprechend.

Eine liberale Versammlung in München billigt einstimmig das Bekenntniß des Abgeordneten von Schauß, welcher sagte:

»Der Reichskanzler hat nach meiner Ueberzeugung in zwei Grundgedanken ganz absolut Recht — und ich gebe ihm deshalb Recht, weil ich in meinem ganzen Leben zu denen gehörte, welche zum Ausgangspunkt politischen Denkens die Größe und Kraft des deutschen Vaterlandes nehmen. Der eine Grundgedanke ist, daß das Reich finanziell selbstständig und unabhängig von den Partikularstaaten stehen müsse. In der zweiten Frage bin ich der Meinung, daß wenn man das deutsche Reich mächtig genug den Nachbarstaaten gegenüberstellen will, es unumgänglich nothwendig ist, die Reichsregierung in den Besitz der Mittel zu setzen, durch welche allein erreicht werden kann, daß günstige Verträge mit den Nachbarstaaten abgeschlossen werden.«

Der Abgeordnete von Treitschke hat jüngst Worte der Mahnung an Freunde und Gegner gerichtet, worin es heißt:

»Wir brauchen ergiebige Finanzzölle und auch einige Schutzzölle für jene Zweige der nationalen Produktion, welche an sich lebensfähig und wirklich nur durch übermächtige fremde Konkurrenz in Noth gerathen sind. Wir werden aber Beides nur erreichen, wenn alle Parteien sich mit einiger Entsagung rüsten und einsehen, daß Angesichts der tausend widersprechenden Interessen, welche in einem Zolltarif Berücksichtigung verlangen, Jeder ohne Ausnahme einzelne unwillkommene Zollsätze mit in den Kauf nehmen muß.«

Diese und zahlreiche andere Zeugnisse besonnener und maßvoller Auffassungen innerhalb der nationalliberalen Partei begründen die Hoffnung, daß dieselbe nicht blos getreu ihren seit Jahren bekundeten Bestrebungen dem Kanzler in Durchführung der Finanz- und Steuerreform fest zur Seite stehen, sondern daß ein großer Theil der Partei trotz mancher Abweichung der handelspolitischen Auffassungen sich bereit finden lassen werde, die nationalen und patriotischen Bestrebungen des Fürsten Bismarck auch darin zu unterstützen, daß der deutschen Wirthschaftspolitik ihre volle Kraft und Selbstständigkeit gesichert und der deutschen Gewerbthätigkeit nach allen Seiten die gebührende Rücksichtnahme gewährt werde.

Die verbündeten Regierungen haben ihrerseits, durchdrungen von der Nothwendigkeit, dem gegenwärtigen Zustande der Ungewißheit und Unsicherheit, der ebenso wie der gegenwärtige Nothstand selbst in drückender Weise auf Handel und Verkehr und auf unseren gesammten Verhältnissen lastet, sobald als möglich ein Ziel zu setzen, und beseelt von der Ueberzeugung, daß die Pläne des Kanzlers in ihrer Gesammtrichtung und in ihren wesentlichen Theilen jedenfalls dem gemeinsamen Vaterlande zu dauerndem Segen gereichen werden, ihre Zustimmung zu den Vorlagen, nachdem dieselben in Ausschüssen und Kommissionen mit Eifer und Gewissenhaftigkeit vorberathen waren, nach kurzer Erwägung beschlossen. Gewiß hat manche der Regierungen in einzelnen Punkten andere Wünsche und Bedürfnisse gehabt; aber eine jede von ihnen hat sich dem überwiegenden Gesammtinteresse des Reiches und der Nothwendigkeit eines baldigen Abschlusses der wirthschaftlichen Fragen untergeordnet

und dem Gesammtplan als einem Kompromiß, einem Ausgleich der verschiedenen Interessen und Ansprüche, zugestimmt.

Einen gleichen Patriotismus, eine gleiche Hingebung an die große deutsche Gemeinschaft werden auch die entscheidenden Parteien im Reichstage bewähren wollen: ebenso durchdrungen von der Nothwendigkeit, zu einer endlichen Lösung der lang andauernden Krisis und Unsicherheit zu gelangen, werden sie sich der Pflicht der Selbstverleugnung nicht entziehen, abweichende Ansichten und Wünsche im Einzelnen dem Gelingen des Ganzen und der gemeinsamen Verständigung über dasselbe zu opfern.

Seit der Gründung des Deutschen Reichs war die Vertretung der Nation noch niemals vor eine Aufgabe gestellt, welche so tief in alle Lebensverhältnisse des gesammten Volkes eingreift, wie die wirthschaftliche Reform: wenn dieselbe gelingt, so wird sie zugleich einen letzten festen Kitt in die Fugen der deutschen Staatengemeinschaft legen und dem Reiche die Möglichkeit gewähren, seinen höchsten Zweck, die Förderung der Wohlfahrt aller Deutschen, zu erreichen.

Die untrüglichen Anzeichen der Stimmungen aus allen Theilen des Reiches lassen erkennen, wie das deutsche Volk in den weitesten Kreisen von der Zuversicht erfüllt ist, daß die nationale Vertretung auch bei der wirthschaftlichen Festigung des Reichs unter allseitiger vertrauensvoller Verständigung der erprobten Führung des Reichskanzlers folgen werde, welcher seinerseits fest davon durchdrungen ist, daß das begonnene Werk »zum Heil, zum Glück und zum Gedeihen unseres Vaterlandes führen werde«.

Russische Nihilisten und deutsche Sozialdemokraten.

Bei den Verhandlungen über die Verhängung von Ausnahmemaßregeln über Berlin ist zur Charakterisirung des Treibens der Sozialdemokratie auch auf den Zusammenhang derselben mit den internationalen Revolutionsbestrebungen, namentlich auch mit den russischen Nihilisten hingewiesen worden.

Ein soeben in Berlin verhandelter Prozeß gegen drei russische Nihilisten hat diesen Zusammenhang und zugleich das Wesen und Treiben der russischen Revolutionspartei von Neuem beleuchtet. Drei russische Unterthanen, zwei Studenten der Medizin und ein Schriftsteller, sämmtlich der mosaischen Religion angehörig, waren einer geheimen Verbindung zu revolutionären Zwecken angeklagt. Aus den bei der Untersuchung gegen dieselben vorgefundenen Schriftstücken ergiebt sich mit voller Klarheit, daß die russische sozial-revolutionäre Partei auch im Auslande namentlich durch Vermittelung politischer Flüchtlinge Abzweigungen (Sektionen) und mittelst derselben eine weit verzweigte und überaus thätige Agitation unterhält. Eine Hauptaufgabe derselben ist der geheime Vertrieb der revolutionären Druckschriften, welcher durch Zwischenstationen (Berlin, Königsberg, Wien, Lemberg u. s. w.) vermittelt wird.

Ueber den Geist und das Streben der Nihilisten giebt ein mit Beschlag belegtes Programm Auskunft, worin es u. A. heißt:

»Man darf sich nur von demjenigen Nutzen leiten lassen, den der Tod einer gewissen Persönlichkeit der Revolution bringt. So müssen in erster Linie diejenigen Personen sterben, welche die allerschädlichsten und gefährlichsten für die revolutionäre Organisation sind, deren Tod — ein plötzlicher und gewaltsamer — die Regierung im hohen Grade erschrecken und ihre Macht erschüttern kann, indem er sie ihrer intelligentesten und energischen Faktoren beraubt. — — — Die einzige Revolution, welche dem Volke heilbringend sein kann, ist diejenige, welche jede Idee des Staates mit der Wurzel zerstört, alle Traditionen, Ordnungen, Klassen des russischen Staates drüber und drunter wirft. — — In Anbetracht dieses Zieles hat die Gesellschaft die Absicht, dem Volke irgend welche von Oben ausgehende Organisation nicht aufzubürden. — Die zukünftige Organisation wird ohne Zweifel aus den Bewegungen und dem Volksleben von selbst hervorgehen. — Das ist jedoch die Sache künftiger Generationen. Unsere Sache — das ist die schreckenerregendste, vollständig mitleidlose und universelle Zerstörung. — Diese zu einer Alles zerstörenden, unüberwindlichen Macht zu konzentriren — das ist unsere ganze Organisation, unsere Verschwörung, unsere Aufgabe.«

In einem Aufsatze einer der im Geheimen verbreiteten Zeitungen (von 1876) wird die Bildung von Vereinen zum Zwecke des Niederreißens der alten gesellschaftlichen Ordnung namentlich unter der Jugend empfohlen, die alsbaldige Erhebung der deutschen Sozialdemokratie zum offenen Kampfe in Aussicht gestellt und zum Schluß die Solidarität der Sozial-Revolutionäre aller Länder proklamirt. Es wird in letzterer Beziehung hervorgehoben, daß die soziale-revolutionäre Bewegung eine internationale Sache sei und für ihren Sieg auf die gegenseitige Unterstützung der Arbeiterklassen in den verschiedenen Nationalitäten rechnen müsse, daß deshalb für die russischen Sozialisten die Herstellung und Unterhaltung einer lebhaften Verbindung mit den sozial-revolutionären Bewegungen anderer Länder von höchster Wichtigkeit sei, und daß der Augenblick kommen könne, wo es nothwendig sein würde, diese Solidarität der sozialen Revolutionäre aller Länder auch faktisch hervortreten zu lassen.

Ein Aufruf an die jüdische Jugend sagt:

»Mag sie zusammenstürzen die alte Welt der Unwahrheit und Unterdrückung. — Und dann auf den Trümmern derselben wird im hellstrahlenden Licht der Freiheit sich entfalten die rothe Fahne der sozialen Revolution.«

Aus den Gerichtsverhandlungen ging bestimmt hervor, daß die russischen Nihilisten mit den Führern der deutschen Bewegung in reger Verbindung stehen. Die Angeklagten waren zum Theil Mitarbeiter an den deutschen sozialdemokratischen Blättern, sie nahmen Theil an diesseitigen Versammlungen und Kongressen und standen in lebhaftem Verkehr mit den hiesigen Sozialisten.

Der Gerichtshof hielt es für erwiesen, daß die Angeklagten es sich zur Aufgabe gestellt, sich im Auslande zur Agitation für revolutionär-soziale Zwecke zusammenzuthun — und verurtheilte sie demgemäß.

Während auf diese Weise der Zusammenhang und die Gemeinschaft des Strebens der deutschen Sozialisten mit den absolut zerstörenden Tendenzen der russischen Nihilisten außer Zweifel gestellt wird, sind zugleich die deutschen Sozialdemokraten in London eifrig bemüht, die Bewegung unter ihren Genossen in der Heimath immer von Neuem anzufachen.

In der von dem bekannten Sozialdemokraten Most herausgegebenen Zeitschrift ist soeben ein neuer Aufruf des »kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins« in London an die deutschen Sozialisten veröffentlicht, in welchem die Stellung der Partei gegenüber dem Sozialistengesetze besprochen und dabei zur Bekämpfung des Gesetzes durch geheime Agitation und zur gewaltthätigen Revolution aufgefordert wird.

Die Sozialdemokratie — heißt es da offen — ist in ihren Prinzipien und Zielen revolutionär, auch die deutsche. — — — —

Können unsere Genossen jetzt auch das Banner der Sozialdemokratie nicht frei entfalten, so läßt sich doch seine Devise voll und ganz vertreten. Schärfer als bisher muß dies gerade jetzt geschehen.

Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetz, sondern eine schlaue Taktik gegen dasselbe ist nöthig und auch zu ermöglichen. Noch giebt es glücklicherweise einige Länder, in denen das freie Wort gestattet ist; auch ist um das deutsche Reich noch keine chinesische Mauer gezogen.

Wir leben im Zeitalter der Revolutionen. Das 19. Jahrhundert wird vielleicht abschließen, wie das 18. — — —

Deutsche Genossen! Blicket auf Rußland, — — schauet in die Zukunft, sie ist nicht so hoffnungslos! Nur der Kampf führt zum Siege! Möget Ihr danach handeln!

Das sind die Lehren und die Mahnungen, die man in Tausenden von Exemplaren fort und fort an die deutsche Bevölkerung heranzubringen sucht.

Solchen Thatsachen gegenüber wird man es gerechtfertigt finden, wenn die Regierung in ihrer Wachsamkeit und Fürsorge für die Wahrung von Staat und Gesellschaft keinen Augenblick nachläßt, vielmehr auf die energische Unterstützung aller bürgerlichen Kreise für die Erfüllung ihrer Aufgabe fortgesetzt rechnet.

Kampfzölle.

Der Gesetzentwurf, betreffend den deutschen Zolltarif, enthält in §. 5 folgende Bestimmung:

»Waaren, welche aus Staaten kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln, als jene anderer Staaten, oder welche deutsche Erzeugnisse mit einem erheblich höheren Einfuhrzoll belasten, als solcher von ausländischen Erzeugnissen bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet erhoben wird,

können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlage bis zum Doppelten der tarifmäßigen Eingangsabgabe belegt werden. Die Erhebung eines solchen Zuschlages wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung angeordnet.«

Zur Begründung dieser Bestimmung ist Folgendes ausgeführt:

»Der neue Tarif soll, wie der jetzt bestehende, allen fremden Staaten gegenüber gleichmäßig gelten. Von diesem Grundsatz abzuweichen, kann unter Umständen geboten sein. Wenn ein auswärtiger Staat durch seine Zoll- und Handelspolitik Deutschland dadurch benachtheiligt, daß er deutsche Schiffe oder Waaren ungünstiger behandelt als diejenigen anderer Staaten, oder daß er die Einfuhr deutscher Erzeugnisse außer Verhältniß zu unserem Verhalten erschwert, so wird es in der Regel nicht möglich oder doch nicht rathsam sein, die Abhülfe für solche Beschwerden auf dem Wege der allgemeinen Politik zu suchen. Die Wege der letzteren sind von der Handelspolitik unabhängig und tragen ihre Gesetze und ihre Gegenseitigkeit in sich. Die wirthschaftlichen Einrichtungen können in keinem Lande den Wechselfällen der Politik untergeordnet werden. Die Abwehr gegen handelspolitische Benachtheiligungen kann nur auf handelspolitischem Gebiete stattfinden. Als das allein wirksame Mittel bietet sich hier die ausnahmsweise Einführung von Differenzialzöllen auf die Produkte derjenigen Länder dar, deren Zoll- und Handelssystem zu der Beschwerde Anlaß giebt.

Die Ergreifung dieses Mittels wird ohne Weiteres als gerechtfertigt erscheinen in allen Fällen, wo dasselbe nur als Vergeltungsmaßregel gegen eine der deutschen Flagge oder deutschen Waaren im Ausland zugefügte differenziell ungünstige Behandlung sich darstellt.

Im Interesse der Durchführung einer wirksamen nationalen Handelspolitik liegt es, die Möglichkeit eines Zollzuschlags auch für den Fall offen zu halten, daß ein fremder Staat, ohne die deutschen Erzeugnisse ungünstiger als diejenigen anderer Länder zu behandeln, auf die Einfuhr solcher Artikel, deren Export für Deutschland besonders wichtig ist, unverhältnißmäßig hohe Zölle legt. Eine derartige Zollbelastung kann für Deutschland in der Wirkung ebenso nachtheilig sein, wie eine formelle Zurücksetzung gegen andere Staaten. Dies wird insbesondere dann stattfinden, wenn die Artikel, welche Deutschland in das betreffende Land auszuführen in der Lage ist, für dritte Staaten wenig oder gar nicht in Betracht kommen. — —

Das Maß des Zuschlags setzt der Entwurf in der Weise fest, daß der Zoll bis auf das Doppelte seines tarifmäßigen Betrages erhöht werden kann, daß also der Zuschlag 100 Prozent des Zolls betragen darf. Soll die Maßregel wirksam sein, so wird eine knappere Bemessung des Maximalbetrags des Zuschlags nicht rathsam erscheinen. Eine gelindere Retorsion würde weder die Kraft haben, Benachtheiligungen der deutschen Interessen fern zu halten, noch den bestehenden Beschwerden Abhilfe zu verschaffen.

Die Natur des Zuschlags als eines handelspolitischen Kampfmittels bringt es mit sich, daß sowohl Beginn als Ende der Maßregel von der durch die auswärtigen Beziehungen bedingten Entschließung der Regierung abhängen muß und deshalb nur auf dem Wege der Verordnung herbeigeführt werden kann. Es geht nicht an, für jeden einzelnen Fall den Weg der Gesetzgebung zu betreten. Von selbst aber versteht es sich, daß die Befugniß, welche §. 5 in die Hände des Kaisers und des Bundesraths legt, nur in Ausnahmefällen und zwar nur dann zur Ausübung kommen wird, wenn eine so starke Benachtheiligung deutscher Interessen durch fremde Zollpolitik vorliegt, daß selbst Repressalien, wie sie von Seiten des betheiligten auswärtigen Staats ergriffen werden könnten, im Vergleich zu dem bestehenden Zustande als das geringere Uebel erscheinen.

Der Reichstag hat nach Beendigung der Osterferien am Montag (28.) seine Sitzungen wieder aufgenommen. Nach Erledigung einer Reihe von Wahlprüfungen trat das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens, ein. Zunächst wurde das Bedürfniß eines solchen Gesetzes in der Debatte festgestellt und alsdann der Entwurf der Kommission, welche bereits mit der Berathung des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit beauftragt ist, zur Vorberathung überwiesen. Darauf folgte die dritte Berathung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen. Die Berathung selbst wurde zu Ende geführt, die Schlußabstimmung für die nächste Sitzung (Mittwoch) vorbehalten.

Die Vorlagen in Bezug auf die Wirthschaftsreform sollen nach der vorläufigen Absicht des Präsidenten am Donnerstag, spätestens am Freitag zur ersten Berathung gelangen, welche abgesehen von der allgemeinen grundsätzlichen Erörterung vornehmlich auch die schwierige Frage der weiteren geschäftlichen Behandlung der Vorlagen zum Gegenstande haben muß. Die einzelnen Fraktionen haben sich mit dieser Frage am Dienstag (29) eingehend beschäftigt. Es scheint allseitiges Einverständniß darüber obzuwalten, daß jedenfalls ein Theil der Zollfragen im Reichstage selbst zur zweiten Berathung gelange, während die übrigen Fragen erst zur Vorberathung in Kommissionen gelangen dürften. In welchem Umfange Letzteres der Fall sein soll und wie die Kommissionen zu gestalten sein werden, darüber gehen die Meinungen noch auseinander, doch nimmt man an, daß eine vertrauliche Verständigung darüber stattfinden werde.

General von Werder hat durch folgende Allerhöchste Ordre den aus Gesundheitsrücksichten erbetenen Abschied erhalten:

»Ich ersehe mit lebhaftem Bedauern aus Ihrem Schreiben vom 30. März d. J., daß Sie den Zeitpunkt für die Beendigung Ihrer so ehrenvollen, an Verdiensten so reichen Dienstzeit für gekommen erachten. Es wird Mir sehr schwer, dem zuzustimmen, aber Ich muß es thun, denn je ehrenvoller die Dienstzeit, je größer auch der Anspruch auf Ruhe im Alter; es würde eine Härte gegen einen hochverdienten General sein, wenn Ich Ihnen die wohlverdiente Ruhe vorenthalten wollte. Ich bewillige Ihnen also hiermit den nachgesuchten Abschied, indem Ich Sie mit der gesetzlichen Pension zur Disposition stelle, und indem Ich — um Ihren gefeierten Namen der Armee zu erhalten — bestimme, daß Ihre Stellung als Chef des 4. Rheinischen Infanterieregiments Nr. 30 hierdurch nicht verändert wird. Zugleich erhebe Ich Sie in den Grafenstand, welcher in Ihrer direkten männlichen Nachkommenschaft nach dem Recht der Erstgeburt forterben soll, und wünsche hierdurch Ihnen, der Armee und dem Vaterlande zu bethätigen, daß Ich Ihrer hervorragenden Verdienste in dem letzten Feldzuge und insbesondere Ihrer heldenmüthigen Abwehr des Feindes von dem Eindringen in das Vaterland jederzeit mit warmem Dank und lebhafter Anerkennung eingedenk bin. Mögen Ihnen nach Allem, was Sie gethan, noch ein ruhiger und langer Lebensabend beschieden sein, in welchem Sie der herzlichsten Wohlgeneigtheit Ihres Königs und der ehrenvollsten Erinnerung in der Armee versichert sein dürfen.

Berlin, den 15. April 1879.

(m. pr.) *) Ihr dankbarer König

Wilhelm.«

Unser Kaiser erfreut sich fortdauernd des besten Wohlbefindens und unternimmt täglich in Begleitung der Großherzogin von Baden längere Spazierfahrten in der nächsten Umgegend von Wiesbaden.

Außer den regelmäßig stattfindenden Vorträgen des Civil- und Militärkabinets und des Vertreters des Auswärtigen Amtes nahm der Kaiser am Donnerstag (24.) den Vortrag des Kriegsministers entgegen, welcher sich zu diesem Zweck nach Wiesbaden begeben hatte.

Die Rückkehr Sr. Majestät ist bisher für Freitag (2. Mai) in Aussicht genommen.

Unser Kronprinz gedenkt sich am Donnerstag (1. Mai) zu einem mehrwöchentlichen Kurgebrauch nach Kissingen zu begeben.

*) Eigenhändig.

Verantwortlich: der Herausgeber Dr. Friedrich Dörr.

Berlin, gedruckt in der vormaligen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (unter Reichsverwaltung).